



Verfassungsgerichtshof

Entscheid Nr. 133/2022
vom 20. Oktober 2022
Geschäftsverzeichnisnr. 7702

In Sachen: Klage auf Nichtigerklärung von Artikel 2 des Dekrets der Flämischen Region vom 4. Juni 2021 « zur Abänderung des Energiedekrets vom 8. Mai 2009, was die Installation eines elektronischen Zählers ohne Kommunikationsmittel und die Vermeidung der mehrmaligen Berechnung von Stromverteilernetztarifen für die Benutzung des Stromverteilernetzes betrifft », erhoben von Inti De Bock und anderen.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten L. Lavrysen und P. Nihoul, den Richtern Y. Kherbache, T. Detienne, E. Bribosia und W. Verrijdt, und dem emeritierten Richter J.-P. Moerman gemäß Artikel 60*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, unter Assistenz des Kanzlers F. Meersschaut, unter dem Vorsitz des Präsidenten L. Lavrysen,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Klage und Verfahren

Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 13. Dezember 2021 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 15. Dezember 2021 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf Nichtigerklärung von Artikel 2 des Dekrets der Flämischen Region vom 4. Juni 2021 « zur Abänderung des Energiedekrets vom 8. Mai 2009, was die Installation eines elektronischen Zählers ohne Kommunikationsmittel und die Vermeidung der mehrmaligen Berechnung von Stromverteilernetztarifen für die Benutzung des Stromverteilernetzes betrifft » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 15. Juni 2021): Inti De Bock, Vera De Moor, Ilias Sfikas, Jean Albert Solon und Marleen Verbruggen, unterstützt und vertreten durch RA M. Deweydt, in Gent zugelassen.

Die Flämische Regierung, unterstützt und vertreten durch RA D. Verhoeven, RA F. Judo und RÄin Janssens, in Brüssel zugelassen, hat einen Schriftsatz eingereicht, die klagenden Parteien haben einen Erwidierungsschriftsatz eingereicht und die Flämische Regierung hat auch einen Gegenerwidierungsschriftsatz eingereicht.

Durch Anordnung vom 13. Juli 2022 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter W. Verrijdt und J.-P. Moerman, in Vertretung des gesetzlich verhinderten Richters T. Detienne, beschlossen, dass die Rechtssache verhandlungsreif ist, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung am 1. August 2022 geschlossen und die Rechtssache zur Beratung gestellt wird.

Da keine Sitzung beantragt wurde, wurde die Rechtssache am 1. August 2022 zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

In Bezug auf die angefochtene Bestimmung und deren Kontext

B.1. Die Klage ist gegen Artikel 2 des Dekrets der Flämischen Region vom 4. Juni 2021 « zur Abänderung des Energiedekrets vom 8. Mai 2009, was die Installation eines elektronischen Zählers ohne Kommunikationsmittel und die Vermeidung der mehrmaligen Berechnung von Stromverteilernetzтарifen für die Benutzung des Stromverteilernetzes betrifft » gerichtet. Das Energiedekret, das durch das angefochtene Dekret abgeändert wird, ist das Dekret der Flämischen Region vom 8. Mai 2009 « zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen bezüglich der Energiepolitik » (nachstehend: Energiedekret).

B.2.1. Die Klage hängt mit der Entscheidung des Dekretgebers über die Einführung von Digitalzählern zusammen, die mit dem Dekret der Flämischen Region vom 26. April 2019 « zur Abänderung des Energiedekrets vom 8. Mai 2009, was den Einsatz von Digitalzählern betrifft, und zur Abänderung der Artikel 7.1.1, 7.1.2 und 7.1.5 desselben Dekrets » (nachstehend: Dekret vom 26. April 2019) getroffen wurde.

Anders als mechanische Zähler speichern Digitalzähler den Verbrauch. Sie messen nicht nur, sondern erfassen auch die Energieströme. Die Daten können vor Ort und aus der Ferne

ausgelesen werden, « sodass der Zähler auf Grundlage der Daten, die er vor Ort oder aus der Ferne empfängt, in der Lage ist, bestimmte Aktionen auszuführen » (Artikel 1.1.3 Nr. 25/2 des Energiedekrets, eingefügt durch Artikel 2 Nr. 4 des Dekrets vom 26. April 2019). Aus diesem Grund wird auch die Bezeichnung « intelligenter Zähler » benutzt.

B.2.2. Artikel 17 des Dekrets vom 26. April 2019 hat in das Energiedekret einen Artikel 4.1.22/2 eingefügt, der bestimmt:

« Le gestionnaire de réseau installe un compte numérique chez les utilisateurs du réseau disposant d'un raccordement basse tension < 56 kVA et, par priorité, dans les cas suivants :

1° en cas de construction neuve et de rénovation substantielle;

2° en cas de remplacement obligatoire du compteur;

3° en cas d'installation de nouvelles installations de production décentralisées d'une puissance CA maximale de 10 kVA;

4° en cas de remplacement de compteurs à budget actifs existants et d'installation de nouveaux compteurs à budget;

5° auprès de prosommateurs existants;

6° en cas de remplacement des compteurs installés dans le cadre du projet pilote de compteurs intelligents et du projet pilote de compteur à budget numérique des gestionnaires du réseau de distribution;

7° à la demande de l'utilisateur du réseau.

Si le compteur est installé à la demande de l'utilisateur du réseau, celui-ci prendra en charge les coûts de l'installation et de la mise en service de ce compteur.

À la demande explicite de l'utilisateur du réseau dans la situation visée aux points 3° et 5°, le compteur de production est remplacé par le gestionnaire de réseau et, le cas échéant, relié au compteur numérique. L'utilisateur du réseau prend en charge les coûts de ce compteur de production, de l'installation et de la mise en service.

Sur la base d'une analyse coûts-avantages, le Gouvernement flamand peut déterminer les cas supplémentaires dans lesquels le gestionnaire de réseau installe un compteur numérique par priorité.

Le Gouvernement flamand détermine le timing et les modalités de l'installation des compteurs visés aux alinéas 1er et 4 ».

B.2.3. Die Bestimmung sieht den obligatorischen Einbau von Digitalzählern sowie eine Vorrangregelung im Rahmen dieses Einbaus vor. Der Einbau eines Digitalzählers hängt nicht von einem Antrag des Netzbenutzers ab, vielmehr ist ein Digitalzähler « vorrangig » einzubauen, wenn dieser einen Einbau beantragt (Absatz 1 Nr. 7).

Nach der Definition des Dekretgebers ist der Digitalzähler « ein elektronischer Zähler, der Energieströme und ähnliche physikalische Größen misst und erfasst und der mit einem Zweirichtungskommunikationsmittel ausgestattet ist, das dafür sorgt, dass die Daten nicht nur vor Ort, sondern auch aus der Ferne ausgelesen werden können, sodass der Zähler auf Grundlage der Daten, die er vor Ort oder aus der Ferne empfängt, in der Lage ist, bestimmte Aktionen auszuführen » (Artikel 1.1.3 Nr. 25/2 des Energiedekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2019).

Aus dieser Definition kann nicht abgeleitet werden, ob das Kommunikationsmittel, mit dem der Digitalzähler ausgestattet ist, über eine Kabelverbindung oder drahtlos kommuniziert.

Artikel 4.1.22/3 Absatz 3 des Energiedekrets in der Fassung der Einfügung durch Artikel 18 des Dekrets vom 26. April 2019 beauftragt die Flämische Regierung damit, nähere Bedingungen für Digitalzähler festzulegen.

B.2.4. Aus Artikel 3.1.52 § 1 Absatz 11 des Erlasses der Flämischen Regierung vom 19. November 2010 « zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen bezüglich der Energiepolitik » (nachstehend: Energieerlass), abgeändert durch den Erlass der Flämischen Regierung vom 17. Mai 2019 « zur Abänderung des Energieerlasses vom 19. November 2010, was den Einsatz von Digitalzählern betrifft » und durch den Erlass der Flämischen Regierung vom 17. Juli 2020 « zur Abänderung des Energieerlasses vom 19. November 2010, was den maximalen Einsatz von Digitalzählern betrifft » (nachstehend: Erlass vom 17. Juli 2020), ergibt sich, dass in der Regel ein Digitalzähler eingebaut wird, der drahtlos kommuniziert, dass jedoch jeder Netzbenutzer « spätestens ab dem 1. Januar 2023 das Recht [hat], sich für den Einbau einer Digitalzählers zu entscheiden, der mit dem Verteilernetzbetreiber über eine Kabelverbindung kommuniziert ».

Nach Artikel 3.1.52 § 1 Absatz 1 des Energieerlasses, abgeändert durch den Erlass vom 17. Juli 2020, muss die Einführung von Digitalzählern am 1. Juli 2029 vollständig

abgeschlossen sein. Gemäß Artikel 3.1.53 Absatz 1 des Energieerlasses, abgeändert durch den Erlass vom 17. Juli 2020, müssen 80 % der Digitalzähler bis zum 31. Dezember 2024 eingebaut sein.

B.2.5. In seinem Entscheid Nr. 5/2021 vom 14. Januar 2021 hat der Gerichtshof sich zur Vereinbarkeit von Artikel 4.1.22/2 des Energiedekrets, eingefügt durch Artikel 17 des Dekrets vom 26. April 2019, mit Artikel 23 Absatz 3 Nr. 4 der Verfassung geäußert, insofern er ohne Übergangsregelung mit sich bringt, dass der Netzbenutzer der elektromagnetischen Strahlung des drahtlosen Digitalzählers ausgesetzt wird.

In diesem Entscheid hat der Gerichtshof Folgendes geurteilt:

« B.13. Im ersten Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7316 führen die klagenden Parteien an, dass Artikel 17 des angefochtenen Dekrets gegen die Artikel 10, 11 und 23 Absatz 3 Nr. 4 der Verfassung in Verbindung mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit und dem Grundsatz des berechtigten Vertrauens verstoße, weil er ohne Übergangsregelung mit sich bringe, dass der Netzbenutzer der elektromagnetischen Strahlung des drahtlosen Digitalzählers ausgesetzt werde.

B.14.1. Artikel 23 der Verfassung bestimmt:

‘ Jeder hat das Recht, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Zu diesem Zweck gewährleistet das Gesetz, das Dekret oder die in Artikel 134 erwähnte Regel unter Berücksichtigung der entsprechenden Verpflichtungen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und bestimmt die Bedingungen für ihre Ausübung.

Diese Rechte umfassen insbesondere:

[...]

4. das Recht auf den Schutz einer gesunden Umwelt;

[...]’.

Diese Bestimmung beinhaltet eine Stillhalteverpflichtung, die es dem zuständigen Gesetzgeber verbietet, das durch die geltenden Rechtsvorschriften gebotene Schutzmaß erheblich zu verringern, ohne dass hierfür Gründe des Allgemeininteresses vorliegen.

[...]

B.14.4. Wie erwähnt wurde, kann dem angefochtenen Dekret selbst nicht entnommen werden, ob das Kommunikationsmittel, mit dem der Digitalzähler ausgestattet ist, über eine Kabelverbindung oder drahtlos kommuniziert.

Die mögliche Exposition gegenüber elektromagnetischer Strahlung kann für die Kategorie von Personen, die dadurch einem Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind, mit einem beträchtlichen Rückschritt gegenüber dem bestehenden Schutzniveau auf dem Gebiet einer gesunden Umwelt verbunden sein. Für Personen, die gegenüber elektromagnetischen Feldern empfindlich sind, kann es notwendig sein, die diesbezügliche Exposition von Anfang an weitestmöglich zu begrenzen.

Dieser beträchtliche Rückschritt auf Grundlage des Einbaus von Digitalzählern ist sachlich nicht gerechtfertigt, da das Problem der elektromagnetischen Strahlung auf einfache Weise gelöst werden kann, indem die Möglichkeit der Kommunikation über eine Kabelverbindung statt einer drahtlosen Kommunikation geschaffen wird.

B.14.5. Die angefochtene Bestimmung verstößt folglich gegen Artikel 23 Absatz 3 Nr. 4 der Verfassung, wenn sie so ausgelegt wird, dass der obligatorische Einbau von Digitalzählern nicht für jeden Netzbenutzer die Möglichkeit vorsehen muss, dass er sich für eine Kommunikation über eine Kabelverbindung statt einer drahtlosen Kommunikation entscheiden kann.

B.14.6. Die angefochtene Bestimmung kann allerdings auch auf eine verfassungskonforme Weise ausgelegt werden, und zwar so, dass der obligatorische Einbau von Digitalzählern für jeden Netzbenutzer die Möglichkeit vorsehen muss, dass er sich für eine Kommunikation über eine Kabelverbindung statt einer drahtlosen Kommunikation entscheiden kann.

Aus der Prüfung des zweiten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7295 geht hervor, dass es weder Aufgabe des Dekretgebers noch der Flämischen Regierung, sondern der Regulierungsbehörde ist, die eventuellen Kosten dieser Wahl festzulegen.

B.14.7. Unter dem Vorbehalt der Auslegung in Sinne von B.14.6 ist der Klagegrund nicht begründet ».

B.2.6. Aus diesem Entscheid ergibt sich deshalb, dass jeder Netzbenutzer die Möglichkeit haben muss, sich beim obligatorischen Einbau eines Digitalzählers für einen Digitalzähler zu entscheiden, der über eine Kabelverbindung statt über eine drahtlose Verbindung kommuniziert.

B.2.7. Die angefochtene Bestimmung soll diesen Entscheid umsetzen. Aus den Erläuterungen zum Vorschlag, der dieser Bestimmung zugrunde liegt, ergibt sich nämlich, dass Digitalzähler, die über eine Kabelverbindung kommunizieren, erst im Laufe von 2023 technisch verfügbar sein werden:

« Le décret sur l'énergie du 8 mai 2009 connaît aujourd'hui trois types de compteurs : les compteurs analogiques, les compteurs numériques et les compteurs électroniques. Ces compteurs sont définis dans l'article 1.1.3 du décret comme suit :

– ‘ 13°/0 compteur analogique : compteur qui mesure et enregistre les flux énergétiques de façon électromécanique ’;

– ‘ 34° compteur électronique : un compteur qui mesure et enregistre les flux énergétiques de façon numérique et qui est équipé ou non d'un dispositif de communication permettant une lecture non seulement locale mais aussi à distance des données ’;

– ‘ 25°/2 compteur numérique : un compteur électronique qui mesure et enregistre les flux énergétiques et les quantités physiques apparentées et qui est équipé d'un dispositif de communication bidirectionnel permettant une lecture non seulement locale mais aussi à distance des données de manière à ce que le compteur soit en mesure, sur la base des données qu'il reçoit localement ou à distance, d'exécuter certaines actions ’.

Le décret sur l'énergie du 8 mai 2009 fait relever le compteur bidirectionnel de la définition du compteur électronique et prévoit que le gestionnaire du réseau peut installer ce type de compteur. Conformément à l'article 4.1.22/2 du décret sur l'énergie du 8 mai 2009, le gestionnaire du réseau ne peut toutefois, depuis juillet 2019, plus installer que des compteurs numériques chez les utilisateurs du réseau disposant d'un raccordement basse tension. Par son arrêt n° 5/2021 du 14 janvier 2021, la Cour constitutionnelle a estimé que l'autorité peut effectivement procéder à un déploiement général du compteur numérique. L'arrêt a toutefois pour conséquence notamment que, pour être interprétée de manière conforme à la Constitution, ‘ l'installation obligatoire de compteurs numériques doit prévoir, pour chaque utilisateur du réseau, la possibilité d'opter pour une communication au moyen de câblage au lieu d'une communication sans fil ’. Cette version câblée ne sera toutefois techniquement disponible qu'en 2023 » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 772/1, SS. 3 und 4).

Deshalb hat der Dekretgeber mit der angefochtenen Bestimmung die Möglichkeit eingeführt, dass auf Antrag des Netzbenutzers bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein Digitalzähler, der über eine Kabelverbindung kommuniziert, verfügbar sein wird, vorläufig ein elektronischer Zähler ohne Kommunikationsmittel eingebaut wird.

Die angefochtene Bestimmung lautet wie folgt:

« L'article 4.1.22/2 du Décret sur l'Energie du 8 mai 2009, inséré par le décret du 8 juillet 2011, remplacé par le décret du 26 avril 2019, partiellement annulé par l'arrêt n° 5/2021 de la Cour constitutionnelle et modifié par le décret du 7 mai 2021, est complété par un alinéa cinq ainsi rédigé :

‘ Par dérogation à l'alinéa premier, dans l'attente de la disponibilité d'un compteur numérique qui communique avec le gestionnaire de réseau de distribution par câblage, le gestionnaire du réseau de distribution peut, à la demande de l'utilisateur du réseau, placer provisoirement un compteur électronique sans moyen de communication. ’ ».

Aus den Vorarbeiten geht hervor, dass der Dekretgeber das Ziel verfolgte, eine effektive Lösung für die Probleme zu bieten, die sich vor dem Hintergrund des Entscheids des Gerichtshofs Nr. 5/2021 aus der tatsächlichen Unverfügbarkeit von Digitalzählern, die über eine Kabelverbindung kommunizieren, ergeben könnten. So heißt es in den Erläuterungen zum Vorschlag bezüglich der angefochtenen Bestimmung:

« Cela implique donc que les personnes électrosensibles peuvent, dans le cadre du déploiement des compteurs numériques, toujours demander l'installation d'une version câblée du compteur numérique, voire exiger que la variante sans fil qui est déjà installée chez elles, soit remplacée par une version câblée. La ' Vereniging ElektroHyperSensitiviteit Vlaanderen ' (VEHS), qui agit en tant que groupement d'intérêts des personnes électrosensibles, estime qu'en vertu des arrêts de la Cour constitutionnelle n^{os} 162/2020 et 5/2021, les personnes électrosensibles peuvent refuser le placement d'un compteur numérique ou même demander son enlèvement jusqu'à ce qu'une version câblée soit disponible. À la lumière des arrêts précités, une telle solution est problématique parce que la version câblée du compteur numérique ne sera disponible qu'à partir de 2023. C'est pourquoi il faut donc proposer d'urgence une solution technique et juridique valable au gestionnaire du réseau de distribution et à l'utilisateur du réseau. Cette solution doit tenir compte, d'une part, des compétences fédérales en matière de mesurage séparé de l'injection et du prélèvement et, d'autre part, du droit constaté par la Cour constitutionnelle à la lumière de l'article 23 de la Constitution, mais il faut, en même temps, éviter l'abus de droit.

Des problèmes peuvent donc se poser si, avant 2023, des personnes demandent l'installation d'un compteur numérique câblé, par exemple lorsqu'un compteur analogique défectueux est remplacé, lorsque des compteurs sont placés à la suite du renforcement du réseau, lorsqu'un compteur est installé lors de nouveaux raccordements, sur demande, lorsque l'utilisateur invoque l'électrosensibilité. Pour éviter ces problèmes, cet article dispose que, jusqu'à ce que les compteurs numériques qui communiquent avec le gestionnaire du réseau de distribution par câblage soient disponibles, le gestionnaire du réseau de distribution peut, par dérogation à l'article 4.1.22/2, alinéa 1er, du décret sur l'énergie et à la demande de l'utilisateur du réseau, procéder à l'installation d'un compteur électronique sans moyen de communication, dans l'attente du placement de ce compteur numérique » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 772/1, S. 4).

In Bezug auf die angefochtene Bestimmung wies die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats auf Folgendes hin:

« L'article 2 de la proposition complète l'article 4.1.22/2 du décret sur l'énergie par une disposition qui, par dérogation à l'article 4.1.22/2, alinéa 1er, du décret sur l'énergie, donne la possibilité au gestionnaire du réseau d'installer des compteurs électroniques sans moyen de communication au lieu des compteurs numériques, dans l'attente de la disponibilité de compteurs numériques permettant la communication par câblage. De cette manière, le législateur décretaal vise à combler une lacune présente dans la réglementation et à répondre aux préoccupations, reconnues par la Cour constitutionnelle, des personnes électrosensibles.

[...]

Il découle de l'article 4.1.22/2, alinéa 1er, du décret sur l'énergie que l'on n'installe plus que des compteurs numériques lors du placement de nouveaux compteurs ou du remplacement de compteurs existants. Simultanément, cette disposition doit toutefois 'être interprétée de manière conforme à la Constitution, en ce sens que l'installation obligatoire de compteurs numériques doit prévoir, pour chaque utilisateur du réseau, la possibilité d'opter pour une communication au moyen de câblage au lieu d'une communication sans fil'. Dès lors que les compteurs numériques qui communiquent par câblage ne sont toutefois pas encore disponibles, il est nécessaire d'instaurer un régime transitoire, pour lequel un compteur électronique sans communication peut représenter une solution. Ainsi, la proposition respecte l'arrêt n° 5/2021 de la Cour constitutionnelle, précité, de sorte qu'il n'y a pas d'observations à formuler sur ce point » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 772/2, SS. 6 und 7).

Während der Debatte im zuständigen Ausschuss des Flämischen Parlaments über den Vorschlag bezüglich der angefochtenen Bestimmung trug ein Mitglied vor:

« Selon un arrêt de la Cour constitutionnelle, les [personnes électrosensibles] ont droit à un compteur numérique câblé. Ce dernier sera disponible au plus tôt en 2023. Dans les cas où un remplacement est nécessaire, par exemple, lors de travaux effectués dans la rue pour convertir le courant électrique de 3x220 V en 3x400 V ou si le compteur Ferraris est défectueux, un compteur bidirectionnel est désormais installé. Ce point-là aussi a fait l'objet d'un avis positif du Conseil d'État. Un compteur bidirectionnel est un compteur électronique dépourvu d'un module de communication. Les personnes électrosensibles sont précisément sensibles à ce module » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2020-2021, Nr. 772/4, S. 4).

B.2.8. In ihrem Erwidierungsschriftsatz haben die klagenden Parteien dem Gerichtshof zusätzliche Schriftstücke vorgelegt, unter anderem ein Schreiben des Generalverwalters der flämischen Energie- und Klimaagentur, das an den Ausschusssekretär des Ausschusses für Umwelt, Natur, Raumordnung und Energie des Flämischen Parlaments gerichtet ist, und ein Schreiben des CEO des Verteilernetzbetreibers Fluvius, das an den Vorsitzenden desselben Ausschusses gerichtet ist. Beide Schreiben wurden anlässlich eines Antrags vom 5. Dezember 2021 « zur Anpassung des Energiedekrets an den Entscheid des Verfassungsgerichtshofs in Bezug auf die Kommunikation über eine Kabelverbindung bei Digitalzählern » verschickt, der beim Flämischen Parlament gestellt wurde (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2021-2022, Antragschrift Nr. 16).

In seinem vorerwähnten Schreiben führte der Generalverwalter der flämischen Energie- und Klimaagentur aus:

« Ainsi que la Cour constitutionnelle l'a jugé elle aussi dans l'arrêt du 14 janvier 2021, l'article 4.1.22/2 du décret sur l'énergie doit être interprété de manière conforme à la Constitution, ce qui implique que tout utilisateur du réseau peut s'opposer à l'installation d'un compteur numérique sans fil. L'article 3.1.52 de l'arrêté du 19 novembre 2010 prévoit que chaque utilisateur du réseau a le droit d'opter, à partir du 1er janvier 2023 au plus tard, pour l'installation d'un compteur numérique qui communique au moyen d'un câblage avec le gestionnaire du réseau de distribution. Puisque les compteurs numériques câblés ne pas encore disponibles actuellement et pour pouvoir malgré tout donner suite à l'interprétation conforme à la Constitution, l'alinéa 5, de l'article 4.1.22/2 permet au gestionnaire du réseau, à titre de mesure transitoire complémentaire, de placer provisoirement un compteur électronique sans moyen de communication, lorsque l'utilisateur du réseau le demande.

[...]

Contrairement à ce que le requérant prétend dans sa demande de reformulation de l'article 4.1.22/2, l'alinéa 5 ne saurait être interprété en ce sens que le gestionnaire du réseau pourrait installer un compteur sans fil en dépit du choix de l'utilisateur du réseau. Selon l'interprétation conforme à la Constitution, l'utilisateur du réseau doit pouvoir renoncer à un compteur numérique sans fil et il n'existe actuellement aucune possibilité autorisée autre que le compteur électronique sans moyen de communication, de sorte que le gestionnaire du réseau doit obligatoirement installer ce compteur lorsque l'utilisateur du réseau en fait la demande.

L'article 4.1.22/2, alinéa 5, du décret sur l'énergie ne doit pas être adapté à cette fin ».

Der CEO des Verteilernetzbetreibers Fluvius führt in seinem Schreiben Folgendes aus:

« Dans la première question, des précisions sont demandées en ce qui concerne les mots ' sans moyen de communication ', utilisés dans l'article 4.1.22/2 du décret sur l'énergie. Le compteur électronique sans moyen de communication qui est installé par Fluvius est le même compteur numérique que celui qui est installé partout. Le compteur contient toutefois un logiciel adapté qui a pour effet de désactiver le modem. De ce fait, plus aucune communication ou plus aucun rayonnement n'est possible.

La seconde question demande des explications quant à la manière dont les utilisateurs du réseau peuvent vérifier qu'il s'agit d'un compteur électronique sans moyen de communication parce que, extérieurement, il n'y a pas de différence avec un autre compteur numérique. Pour pouvoir distinguer un compteur numérique normal qui communique et un compteur numérique dont la communication a été désactivée par un logiciel, ce dernier est pourvu d'un autocollant ».

B.2.9. Anlässlich des Entscheids des Gerichtshofs Nr. 5/2021 wurde Artikel 4.1.22/2 des Energiedekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2019, durch Artikel 2 des Dekrets vom 7. Mai 2021 « zur Abänderung von Artikel 4.1.22/2 des Energiedekrets vom 8. Mai 2009 » ebenfalls abgeändert. Durch diese Abänderung wurde die Priorität für den Anschluss von Digitalzählern bei Netzbenutzern mit einem Niederspannungsanschluss von weniger als

56 kVA angepasst, wobei diese Abänderung im Übrigen für die vorliegende Klage nicht von Bedeutung ist.

In Bezug auf die Zulässigkeit

B.3.1. Die Flämische Regierung stellt das Interesse der klagenden Parteien an der Nichtigkeitserklärung der angefochtenen Bestimmung in Abrede. Bei Ihnen liege kein persönliches, unmittelbares und aktuelles Interesse vor.

B.3.2. Die Verfassung und das Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erfordern, dass jede natürliche oder juristische Person, die eine Nichtigkeitsklage erhebt, ein Interesse nachweist. Das erforderliche Interesse liegt nur bei jenen Personen vor, deren Situation durch die angefochtene Rechtsnorm unmittelbar und ungünstig beeinflusst werden könnte; demzufolge ist die Popularklage nicht zulässig.

B.3.3. Sofern die Flämische Regierung anführt, dass die klagenden Parteien von der angefochtenen Bestimmung nicht unmittelbar und ungünstig betroffen sein könnten, da sie gerade eine Übergangsregelung vorsehe, auf deren Grundlage Netzbenutzer einen elektronischen Zähler ohne Kommunikationsmittel einbauen lassen könnten, bis ein Digitalzähler mit einer Kabelverbindung auf dem Markt verfügbar werde, fällt die Prüfung zur Einrede der Unzulässigkeit zusammen mit der Prüfung zur Sache selbst.

Zur Hauptsache

B.4. In ihrem einzigen Klagegrund führen die klagenden Parteien an, dass die angefochtene Bestimmung gegen die materielle Rechtskraft des Entscheids des Gerichtshofs Nr. 5/2021, Artikel 23 Absatz 3 Nr. 4 der Verfassung und die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Grundsatz der Rechtssicherheit und dem Grundsatz des berechtigten Vertrauens verstoße, weil sie keine Verpflichtung für den Verteilernetzbetreiber vorsehe, auf Antrag des Netzbenutzers einen elektronischen Zähler ohne Kommunikationsmittel einzubauen.

B.5. Die Flämische Regierung macht geltend, dass die klagenden Parteien es unterlassen hätten, nachzuweisen, auf welche Weise die angefochtene Bestimmung einen Behandlungsunterschied vorsehe sowie auf welche Weise der Grundsatz des berechtigten Vertrauens und der Grundsatz der Rechtssicherheit verletzt seien.

B.6. Um den Erfordernissen nach Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof zu entsprechen, müssen die in der Klageschrift vorgebrachten Klagegründe angeben, welche Vorschriften, deren Einhaltung der Gerichtshof gewährleistet, verletzt wären und welche Bestimmungen gegen diese Vorschriften verstoßen würden, und darlegen, in welcher Hinsicht diese Vorschriften durch die fraglichen Bestimmungen verletzt würden.

Der Gerichtshof prüft den einzigen Klagegrund, sofern er dieses Erfordernis erfüllt.

B.7. Die klagenden Parteien beanstanden, wie die Flämische Regierung vorbringt, nicht die Lösung, die die angefochtene Bestimmung bietet, um vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Unverfügbarkeit von Digitalzählern, die über eine Kabelverbindung kommunizieren, den Entscheid des Gerichtshofs Nr. 5/2021 umzusetzen. Sie beanstanden vielmehr das Fehlen einer Verpflichtung für den Verteilernetzbetreiber, bis zum Verfügbarwerden dieser Digitalzähler, die über eine Kabelverbindung kommunizieren, vorläufig einen elektronischen Zähler ohne Kommunikationsmittel einzubauen, wenn der Netzbenutzer dies beantragt.

B.8.1. Im Gegensatz zum Vortrag der klagenden Parteien kann im Lichte der Ausführungen in B.2.7 und B.2.8 aus der Verwendung des Wortes « kann » in der angefochtenen Bestimmung nicht abgeleitet werden, dass der Verteilernetzbetreiber im Falle eines obligatorischen Einbaus eines Digitalzählers nicht dazu verpflichtet wäre, einen elektronischen Zähler ohne Kommunikationsmittel einzubauen, wenn der Netzbenutzer dies beantragt.

Die angefochtene Bestimmung muss nämlich in dem Sinne ausgelegt werden, dass der Verteilernetzbetreiber bis zum Verfügbarwerden eines Digitalzählers, der über eine Kabelverbindung kommuniziert, dazu verpflichtet ist, auf Antrag des Netzbenutzers vorläufig einen elektronischen Zähler ohne Kommunikationsmittel einzubauen.

B.8.2. Wie in B.2.6 erwähnt, geht aus dem Entscheid des Gerichtshofs Nr. 5/2021 im Übrigen hervor, dass jeder Netzbenutzer im Rahmen des obligatorischen Einbaus eines Digitalzählers die Möglichkeit haben muss, sich für einen Digitalzähler zu entscheiden, der über eine Kabelverbindung kommuniziert. Der Verteilernetzbetreiber, bei dem ein Netzbenutzer beantragt, bis zum Verfügbarwerden eines solchen Digitalzählers, der über eine Kabelverbindung kommuniziert, einen elektronischen Zähler ohne Kommunikationsmittel einzubauen, und der dennoch einen Digitalzähler, der drahtlos kommuniziert, einbaut, missachtet daher auch die materielle Rechtskraft dieses Entscheids. Diese Missachtung kann jedoch nicht der angefochtenen Bestimmung angelastet werden.

B.9. Der Gerichtshof ist nicht befugt, zu prüfen, ob die elektronischen Zähler, die der Verteilernetzbetreiber zur Ausführung der angefochtenen Bestimmung einbaut, mit den in dieser Bestimmung vorgesehenen Anforderungen übereinstimmen.

B.10. Angesichts der in B.8.1 erwähnten Auslegung der angefochtenen Bestimmung beruht der einzige Klagegrund auf einem falschen Ausgangspunkt. Aus diesem Grund ist er nicht begründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

weist die Klage unter Berücksichtigung des in B.8.1 Erwähnten zurück.

Erlassen in niederländischer, französischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 20. Oktober 2022.

Der Kanzler,

Der Präsident,

F. Meersschant

L. Lavrysen